



AfD Ratsfraktion im Rat der Stadt Cuxhaven
Postfach 03 74, 27453 Cuxhaven
27.03.2017

Änderungsantrag der AfD Ratsfraktion an den Rat der großen selbständigen Stadt Cuxhaven mit der Bitte -falls möglich- um Vorberatung in den zuständigen Fachausschüssen und gegebenenfalls im Verwaltungsausschuss zur Sitzungsvorlage Nr. 295/2016

Der Rat möge bitte beschließen:

Eine Erhöhung der Elternbeiträge für den Besuch von Cuxhavener Kindertagesstätten wird abgelehnt. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, den Landkreis Cuxhaven und die Niedersächsische Landesregierung über die Notwendigkeit der Erhöhung derer Transferzahlungen zur Deckung der Kosten der Kinderbetreuung in Cuxhaven zu informieren und auf eine solche Erhöhung dieser Transferzahlungen hinzuwirken.

Begründung:

Die Erhöhung der Elternbeiträge fällt stärker aus als die mittlere Erhöhung des Einkommens der Eltern, das heißt netto werden wieder einmal Familien belastet, das verfügbare Nettoeinkommen zahlreicher Eltern verringert sich dadurch.

Mit dem Vorschlag, „den Eltern in die Tasche zu greifen“ geht man den einfachsten Weg. Zur Finanzierung der Kinderbetreuung trägt zum Beispiel auch der Landkreis Cuxhaven bei, im Jahr 2017 ist mit einer Summe von ca. EUR 4,1 Mio. ein Anteil von 15% vorgesehen (Quelle: von der Verwaltung erstellte Sitzungsvorlage). Anstatt die Eltern zur Kasse zu bitten fordern wir vor, den Landkreis stärker in die Verantwortung zu nehmen. Bei mehreren aufgedeckten Skandalen, wo Asylbewerber mehrfach Leistungen erhielten war der Landkreis Cuxhaven dabei, das heißt auch er hat offensichtlich Leistungen an Menschen bewilligt, obwohl die Identität der Antragssteller nicht geklärt war und obwohl kein Anspruch auf die beantragte Leistung bestand. Wer so mit Steuergeldern umgeht, dem ist zuzumuten, sich stärker an den Kosten der Kinderbetreuung zu beteiligen, dafür wäre das Geld wenigstens sinnvoll ausgegeben.

Auch das Land Niedersachsen müsste sich unserer Auffassung nach stärker beteiligen. Wie wir aus der von der Verwaltung erstellten Sitzungsvorlage entnehmen können ist bisher in 2017 ein Betrag von ca. EUR 3,1 Mio. vorgesehen, das sind ca. 11% der

Gesamtkosten. Aktuell macht die Landesregierung große Versprechen zur Abschaffung der Kindergartengebühren nach der Wahl. Aktuell ist das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung bereits gebührenfrei. Dafür zahlt das Land der Stadt -so führt es die Verwaltung aus- eine Pauschale von EUR 160 für einen Ganztagsplatz und EUR 120 für einen Halbtagesplatz. Diese Pauschalsätze sind niedriger als die Elternbeiträge, so dass die Stadt die verbleibende Differenz ausgleichen muss. Hinzu kommt, dass diese Erstattungen des Landes seit etwa 10 Jahren nicht mehr angepasst wurden. Deshalb ist die Forderung nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Landes anstelle der Erhöhung der Elternbeiträge absolut gerechtfertigt.

gez.

Anton Werner Grunert
Vorsitzender der AfD Ratsfraktion